



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470
Fernsprecher 24894 - 93
Fernschreiber 0866890

7/XIII/66 - 20. März 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

Seite:

Zeilen:

1	Verzicht auf Politik Zu Adenauers Rede im Bundestag	40
2 - 3	Die Bewegung gegen den Atomtest in Grossbritannien Die grosse Frage: "Kollektivschuld an der Menschheitsvernichtung?"	65
4	Wieder einmal Diskussionen um Otto von Habsburg Rührige Monarchisten in Österreich - Auch klerikale Einflüsse?	51
5 - 7	Das Verächtlichungsgesetz Die historische Reichstagsrede von Otto Weile am 23. März 1933	154

* * * * *

Zur Beachtung: Wir veröffentlichen in unserer nächsten Ausgabe einen Artikel "Der Bürgerkrieg in Kuba" von unserem latein-amerikanischen Korrespondenten Max Diamant

* * * * *

Verzicht auf Politik

sp- In der Substanz hat Bundeskanzler Dr. Adenauer auch in der außenpolitischen Debatte am Donnerstag nicht viel mehr gesagt, als man vor ihm seit Jahren zu hören gewohnt ist: Wir müssen in der NATO bleiben, da sie sonst auseinanderfallen würde. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben keine Aggressionsabsichten; dagegen aber die Sowjetunion. Die Lage ist seit 1954 viel kritischer und gefährlicher geworden. Die Lage ist furchtbar, und deshalb kann die Rettung des Friedens nur durch eine allgemeine, kontrollierte Abrüstung erreicht werden. Aber in der NATO müssen wir bleiben, damit die NATO stark bleibt.

Wie gesagt, Ähnliches hat Dr. Adenauer auch schon früher erklärt, wobei allerdings zu bedenken ist, daß er auch einmal den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO mit der dann zu erwartenden Entspannung im Verhältnis zwischen Ost und West motivierte. Bedenklich ist aber, daß der Bundeskanzler diesmal fast ausschließlich mit pseudomilitärischen Argumenten operierte, woran man erkennen kann, iroweit heute schon die Gedanken auch so alter Zivilisten, wie es Dr. Adenauer einer ist, von fast ausschließlich militärischen Überlegungen beherrscht werden.

Einen politischen Ausweg hat der Bundeskanzler nicht gezeigt. Er, der selbst in seiner Rede sagte, Deutschland würde in jedem Fall - atomar, oder nicht atomar bewaffnet - in einen Atomkrieg der Großmächte hineingerissen werden, bei dem es keine Rettung gibt, ließ auch nicht im geringsten spüren, daß die Lösung dieses uns alle bedrängenden Problems, eben weil es keine militärische Rettung gibt, auf politischem Gebiet liegt. Die kleine Arabeske am Schluß seiner Rede, die Wiedervereinigung dadurch zu erreichen, daß man die Russen mit den Uranvorkommen in der sogenannten DDR an den Verhandlungstisch lockt, dürfte wohl nicht ausreichend sein, um das Prädikat "staatsmännisch" in Anspruch nehmen zu können.

Interessant - um nicht zu sagen pikant - war Adenauers Bemerkung über sein Verhalten auf der letzten Pariser NATO-Konferenz. Er sei keineswegs von einem Saulus zu einem Paulus geworden, womit er selbst alle jene Lügen strafte, die ihn seinerzeit einen Blankoscheck auf die Einleitung einer vernünftigen Politik durch ihn ausstellen wollten.

Alles in allem: Adenauers Rede war das Bekenntnis zur Fortsetzung seiner bisherigen Politik mit militärischen Mitteln - auch der atomaren Aufrüstung - und der Verzicht auf neue politische Ideen.

Die Bewegung gegen den Atomtod in Grossbritannien

E.A. - London

Die Bewegung für nukleare Weltabrüstung gewinnt in Grossbritannien immer mehr an Breite und Tiefe. Millionen von englischen Familien, die sich bisher von den Diskussionen für und gegen die H-Bombe ferngehalten hatten, erlebten vor wenigen Tagen vor ihren Fernsehschirmen einen Kernwaffenangriff auf London. Eindringlich wurden sie daran erinnert, dass jeder, ob er will oder nicht, Stellung zu dieser schicksalvollsten Entwicklung der Menschheit nehmen muss. Dem Verfasser des Fernsehspiels "Der jüngste Tag für Dyon", Priestley, kam es in erster Linie nicht darauf an, Pazifismus zu propagieren. Die Tendenz des Stückes läuft vielmehr darauf hinaus, dass jeder einzelne sein Stück Kollektivschuld auf sich nehmen muss, falls es zu einem Atomkrieg mit seinen unvorhersehbaren Schrecken kommen sollte. Wer sich freimachen will von der Kollektivschuld am Atomtod, muss seinen Platz in den Reihen der Kämpfer gegen den Atomtod einnehmen.

Die Bewegung für nukleare Abrüstung hat in Grossbritannien darum so sehr an Breite gewinnen können, weil sie die verschiedensten Strömungen vereint. Da sind in erster Linie die Pazifisten, die den organisatorischen Kern der Kampagne gegen die H-Waffen bilden. Zu ihnen gehören neben den in der Labourparty organisierten politischen Pazifisten, die aus religiösen Gründen den Krieg ablehnenden Geistlichen, wie zum Beispiel der Domkapitlan von St. Paul, Kanoniker Collins, und der Vorsitzende der Methodisten-Kirche, Donald Soper.

Mit wissenschaftlichen Argumenten kämpfen der weltbekannte Philosoph Bertrand Russel und der Physikerforscher von Imperial College P.M.S. Blackett. Sie beweisen, dass Kernwaffenversuche und nukleare Waffen für das Leben der Menschheit weit gefährlicher sind, als die Politiker zugeben wollen.

Schliesslich gilt das militärisch-politische Argument, dass die Verteidigung mit H-Bomben eine Unmöglichkeit darstellt und dass Grossbritannien beim nuklearen Rüstungswettlauf nichts zu gewinnen hat, entscheidend ins Gewicht. Sir Steven King-Hall hat das in seinem jüngst erschienenen Buche "Verteidigung im nuklearen Zeitalter" überzeugend nachgewiesen. Auch der bekannte Militärschriftsteller Captain Biddel-Mart vertritt ähnliche Gedankengänge.

Bedeutende Stützpunkte besitzt die Bewegung in den britischen Univer-

sitäten, wo die Studenten in Diskussionsgruppen und mit Meinungsbefragungen in die Debatte eingreifen. Oxford mit seinem mehr linksgerichteten Lehrkörper und einer sozialistisch gesinnten Studentenschaft wurde zu einem der Hottöpfe des Feldzuges gegen den Atomtod.

Selbstverständlich gibt es keine monotone Einmütigkeit der Meinungen innerhalb der verschiedenen Strömungen. Die Gesamtbewegung gleicht viel eher einem grossen Kessel, in dem es gärt. Vor allem gibt es keine einheitliche politische Marschrouten. Ziemlich rückhaltlose Unterstützung hat die Linksgruppe in der Labourparty, die unter der Losung "Sieg für den Sozialismus" marschiert, zugesagt. Sie organisiert am kommenden Osterfest einen Protestmarsch nach dem Kernwaffen-Institut Aldermaston.

Die englischen Liberalen haben einen recht radikalen Standpunkt bezogen, indem sie für die einseitige Abschaffung der Kernwaffen durch Grossbritannien eintreten. Ihr Stimmentzug bei der Sachwahl in Rochdale liess sich teilweise darauf zurückführen. Die englischen Konservativen sind bisher diejenigen, die sich am unbekümmertesten gegenüber der Volkabewegung gegen den Atomtod zeigen. Aber auch sie - wie Macmillan - versichern, dass die Regierung aufgrund ihrer Informationen am besten wisse, was für die Regierung gut sei, verärgern sie viele, die ehrlich mit dem Problem ringen und nach Führung suchen.

Die Labourparty und die Gewerkschaftsführung, in deren Reihen alle Geistesströmungen vertreten sind, haben sich in die Bewegung gegen den Atomtod aktiv eingeschaltet. In seinem letzten Tribune-Artikel hat Aneurin Bevan mit der Vorstellung ausgedrückt, dass es nur eine Alternative, nämlich "Kommunismus oder Selbsttod" gäbe. Die dritte Möglichkeit, die er aufzeigt, besteht in einer Weltordnung, die sich auf dem Rechtsprinzip für alle Nationen aufbaut. Von ähnlichen Gedankengängen geht auch jene Resolution aus, die eine internationale Behörde für die Abschaffung von allen nuklearen und anderen Waffen der Massenvernichtung verlangt. Zu ihren Unterzeichnern gehören neben 155 Labour-Abgeordneten auch 17 Konservative und 2 Liberale.

+ + +

Wieder einmal Diskussionen um Otto von Habsburg

H.L. - Wien

Die Rückkehr des österreichischen "Thronanwärters" Otto v. Habsburg ist dieser Tage wieder in die öffentliche Diskussion gerückt. Dr. Hurdus selbst war es, der Präsident des österreichischen Parlaments, der die Meinung vertrat, dass der augenblicklich noch in Bayern lebende Otto demnächst wohl die Thronverzichtserklärung unterschreiben und nach Österreich zurückkehren werde. Die Habsburger Gesetze nämlich, die 1919 erlassen wurden, erlauben nur dann eine Wiederaufnahme des ehemaligen Kaiserhauses, wenn dessen Mitglieder ihre Adeltitel ablegen, sämtliche früheren Herrschaftsrechte entsagen und sich zur Republik bekennen. Kaum jedoch war die Erklärung Dr. Hurdus bekannt geworden, verkündete Ottos Privatsekretär, Graf Degenfeld, dass von einer Rückkehr nicht die Rede sein könne, auch von keiner Thronverzichtserklärung, jedenfalls nicht im Augenblick. Was war geschehen?

Gerüchte waren in Umlauf gesetzt worden, von österreichischen Monarchisten selbst, denen als Prominentester der Parlamentspräsident aufgesessen war. In der sogenannten monarchistischen Bewegung nämlich, einer zwar zahlenmäßig kleinen, seit einiger Zeit aber sehr aktiven Gruppe, treten zwei Richtungen in Erscheinung, die sich gegenseitig bekämpfen: Die Legitimisten, intransigent bis zur Borniertheit, die sämtliche Ansprüche des Hauses Habsburg auf Österreich, Ungarn, Böhmen, Kroatien und die übrigen "Kronländer" aufrechterhalten; und ein vor allem bei der jüngeren Generation bestehender "linker Flügel", der Otto eine Verzichtserklärung empfiehlt, die ihm eine Rückkehr als einfacher Staatsbürger und bei den nächsten Präsidentschaftswahlen eine "überparteiliche Kandidatur" ermöglichen könnte. Diese Gruppe dürfte es gewesen sein, die zur Unterstützung ihres Bemühens oder auch nur deshalb die Gerüchte in Umlauf gesetzt hat, weil sie sowohl die offizielle wie auch die öffentliche Resonanz erforschen wollte.

Inwieweit ein Teil des katholischen Klerus in Österreich hinter dem Versuch steht, das öffentliche Gespräch über die Wiederherstellung der österreichischen Monarchie wieder in Gang zu bringen, lässt sich schwer feststellen. Tatsache ist jedoch, dass gewisse Verbindungen zwischen dem katholischen Klerus und dem Hause Habsburg aufrechterhalten werden; Verbindungen, die nicht nur von Bayern nach Österreich, sondern auch nach Ungarn hineinspielen. Während des Volksaufstandes in Ungarn gegen das kommunistische Regime waren einige dieser Verbindungen plötzlich sehr aktiviert worden.

Die Öffentlichkeit jedoch würde eine Rückkehr Ottos ebenso wenig erschüttern wie die Regierung. Die Monarchie, in welcher Form auch immer, oder der "Thronanwärter" selbst als Bundespräsident sind abgeschrieben in Österreich, und die "Habsburgerfrage" hat keinerlei Bündstoff mehr im öffentlichen Leben. Dr. Schürd, der sozialistische Bundespräsident, antwortet in der ehemaligen Werbung des Kaisers, aus kaiserlichem Besitz sind die Möbel, und in seinen Amtsräumen hat er ein Bild kaiserlicher Habsburger an den Wänden. Niemand in Österreich findet daran besonderes. Und niemand auch wünscht es zu ändern. Nur über die Monarchisten. Dass sie es immer wieder versuchen werden und gerade wieder versuchen, steht fest. Fest allerdings, meint man in Österreich, steht auch dies: dass ihre Aktivität zwar nicht innenpolitisch, allmählich aber außenpolitisch zu einer Störung werden könnte. Besonders im Hinblick auf Österreichs Beziehungen zu einigen östlichen Staaten.

23. März 1933

Das Ermächtigungsgesetz

sp- Nach dem 30. Januar 1933 - dem Tag der "Machtübernahme" Hitlers - wurde das deutsche Volk von den Horden der SA und SS unter Terror gesetzt, um es für die Reichstagswahlen gefügig zu machen, die den Nationalsozialisten die absolute Mehrheit bringen sollte. Diese Wahlen fanden am 5. März 1933 statt; aber trotz des Terrors, trotz der Verhaftung vieler Funktionäre der Arbeiterbewegung, trotz Verbots der kommunistischen Partei und der Ausschaltung der sozialdemokratischen Presse konnte Hitler nicht die absolute Mehrheit erreichen. Seine Partei bekam 288 Mandate. Die bürgerlichen Parteien rechts von der SPD - Zentrum, Deutschnationale Volkspartei und Bayerische Volkspartei, Deutsche Volkspartei und Staatspartei - erhielten zusammen 158 Mandate; die Sozialdemokratie 119 und die KP 61 Mandate. Hitler aber konnte nur als unumschränkter Herrscher in Deutschland auftreten, wenn ihm der Reichstag ein "Ermächtigungsgesetz" gab. Mit Hilfe dieses Gesetzes sollte das Parlament ausgeschaltet werden.

Die kommunistische Partei war schon kurz nach dem Reichstagssturm am 27. Februar 1933 verboten worden. Die anderen Parteien bemühten sich zum Teil um die Gunst Hitlers, und nur die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war entschlossen, dem Diktator das "Ermächtigungsgesetz" zu verweigern.

In der Reichtagssitzung am 23. März 1933 hielt der damalige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Otto Wels, die historische Rede zur Ablehnung des "Ermächtigungsgesetzes". Die deutsche Sozialdemokratie blieb in dieser entscheidenden Stunde allein! Die Zustimmung zum "Ermächtigungsgesetz" durch die Parteien rechts von der Sozialdemokratie besiegelten das Schicksal der deutschen Demokratie.

Nachstehend veröffentlichen wir die historische Rede von Otto Wels:

"Meine Damen und Herren!

Der außenpolitischen Forderung nach deutscher Gleichberechtigung, die der Herr Reichskanzler erhoben hat, stimmen wir Sozialdemokraten umso nachdrücklicher zu, als wir sie bereits von jeher grundsätzlich erhoben haben. (Sehr wohl! bei den Soz.)

Ich darf mir wohl in dieser Zusammenhang die persönliche Bemerkung gestatten, dass ich als erster Deutscher vor einem internationalen Forum, auf der Berner Konferenz am 3. Februar des Jahres 1919, der Unwahrheit von der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges entgegengetreten bin. (Sehr wohl! bei den Soz.)

Nie hat uns irgendein Grundsatz daran hindern können oder gehindert, die gerechten Forderungen an der deutschen Nation gegenüber den anderen Völkern der Welt zu vertreten. (Bravo! bei den Soz.)

Der Herr Reichskanzler hat auch gestern in Potsdam einen Satz gesprochen, den wir unterschreiben. Er lautet: "Aus dem Abwärtz der Theorie von ewigen Siegern und Besiegten kam der Abwärtz der Reparationen und in der Folge die Katastrophe der Weltwirtschaft". Dieser Satz gilt für die Außenpolitik, für die Innenpolitik gilt er nicht minder. (Sehr wohl! bei den Soz.)

Auch hier ist die Theorie von ewigen Siegern und Besiegten, wie der Herr Reichskanzler sagte, ein Abwärtz.

Das Wort des Herrn Reichskanzlers erinnert uns aber auch an ein anderes, das am 23. Juli 1919 in der Nationalversammlung gesprochen wurde. Es wurde gesagt: "Wir sind wahrlos, wahrlos ist aber nicht Christus". (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

"Gewiss, die Gegner wollten uns in die Irre, deren ist kein Zweifel. Aber dass dieser Versuch der Ahrenscheidung einmal zu die Umkehr selbst zurückfallen wird, dass es nicht unsere Ehre ist, die bei dieser Welttragedie zugrunde geht, das ist unser Glaub. bis zum letzten Atemzug". (Sehr wahr! bei den Soz. Zuruf von den Nationalsozialisten: "Wer hat das gesagt?")

Das steht in einer Erklärung, die eine sozialdemokratisch geführte Regierung damals im Namen des deutschen Volkes vor der ganzen Welt abgegeben hat, vier Stunden bevor der Waffenstillstand abgeschlossen war, um den Weitermarsch der Feinde zu verhindern. Zu dem Ausspruch des Herrn Reichskanzlers bildet jene Erklärung eine wertvolle Ergänzung.

Aus einem Gewaltfrieden kommt kein Segen. (Sehr wahr! bei den Soz.)
Im Innern erst recht nicht. (Erneute Zustimmung bei den Soz.)

Eine wirkliche Volksgemeinschaft lässt sich auf ihn nicht gründen. Ihre erste Voraussetzung ist gleiches Recht. Da sich die Regierung gegen rohe Ausschreitungen der Polonik schützen, und sie Aufforderungen zu Gewalttaten selbst mit Strenge verhindern. Das mag geschehen, wenn es nach allen Seiten gleichmässig und unparteiisch geschieht, und wenn man es unterlässt, besiegte Gegner zu beherrschen, die seien sie vogelfrei. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, dass sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt. Die Wahlen vom 5. März haben den Regierungsparteien die Mehrheit gebracht. Damit ist die Möglichkeit gegeben, streng nach Wortlaut und Sinn der Verfassung zu regieren. Wo diese Möglichkeit besteht, besteht auch die Pflicht dazu. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Kritik ist heilsam und notwendig. Doch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des deutschen Volkes in solcher Weise ausgeschlossen worden, wie es jetzt geschieht - (Sehr wahr! bei den Soz.) - und durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muss sich also schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt.

Die Zustände, die heute in Deutschland herrschen, werden vielfach in krassen Farben geschildert. Wie immer in solchen Fällen fehlt es auch nicht an Übertreibungen. Was meine Partei betrifft, so erkläre ich hier: "Wir haben weder in Paris um Intervention gebittet, noch Millionen nach Prag verschoben, noch Überseebriefe nachrichten ins Ausland gebracht. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Solchen Übertreibungen entgegenzutreten wäre leichter, wenn im Inlande eine Berichterstattung möglich wäre, die Wahres von Falschem scheidet. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Noch besser wäre es, wenn wir mit gutem Gewissen bezweigen könnten, dass die volle Rechtssicherheit für alle wiederhergestellt sei. - (Erneut lebhafteste Zustimmung bei den Soz.) - Das, meine Herren, liegt bei Ihnen.

Die Herren von der Nationalsozialistischen Partei nennen die von ihnen entfesselte Bewegung eine nationale Revolution, nicht eine nationa-

listische. Das Verhältnis ihrer Revolution zum Sozialismus beschränkt sich bisher auf den Versuch, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten, die seit mehr als zwei Menschenaltern die Trägerin sozialistischen Gedankengutes ist - (Lachen bei den Nationalsozialisten) - und auch bleiben wird. Wollten die Herren von der Nationalsozialistischen Partei sozialistische Tatenverrichten, sie brauchten kein Ermächtigungsgesetz. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Eine erdrückende Mehrheit wäre Ihnen in diesem Hause gewiss. Jeder von Ihnen im Interesse der Arbeiter, der Bauern, der Angestellten, der Beamten oder des Mittelstandes gestellte Antrag könnte auf Annahme rechnen, wenn nicht einstimmig, so doch mit gewaltiger Majorität. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. Lachen bei den Nationalsozialisten)

Aber dennoch wollen Sie vorerst den Reichstag ausschalten, um Ihre Revolution fortzusetzen. Das Volk erwartet positive Leistungen. Es wartet auf durchgreifende Massnahmen gegen das furchtbare Wirtschaftselend, das nicht nur in Deutschland, sondern in aller Welt herrscht. Wir Sozialdemokraten haben in schwerster Zeit Mitverantwortung getragen und sind mit Steinen beworfen worden. (Sehr wahr! bei den Soz. Lachen bei den Nationalsozialisten)

Unsere Leistungen für den Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft; für die Befreiung der besetzten Gebiete werden vor der Geschichte bestehen. (Zustimmung bei den Soz.)

Wir haben gleiches Recht für alle und ein soziales Arbeitsrecht geschaffen. Wir haben geholfen, ein Deutschland zu schaffen, in dem nicht nur Fürsten und Barone, sondern auch Männern aus der Arbeiterklasse der Weg zur Führung des Staates offensteht. (Erneute Zustimmung bei den Soz.)

Davor können Sie nicht zurück, ohne Ihren eigenen Führer preiszugeben. (Beifall und Händeklatschen bei den Soz.)

Vergeblich wird der Versuch bleiben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Wir Sozialdemokraten wissen, dass man rechtspolitische Tatsachen durch blosser Rechtsverwehungen nicht beseitigen kann.

Wir sehen die rechtspolitische Tatsache Ihrer augenblicklichen Herrschaft. Aber auch das Rechtsbewusstsein des Volkes ist eine politische Macht, und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewusstsein zu appellieren.

Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechts, die in ihr festgelegt sind.

Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Sie selbst haben sich ja zum Sozialismus bekannt. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen.

Wir grüssen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüssen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Erue verdienen Bewunderung. Ihr Bekenntnis, ihre ungebrochene Zuversicht - (Lachen bei den Nationalsozialisten; Bravo! bei den Soz.) - verbürgen eine hellere Zukunft. (Wiederholter lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten; Lachen bei den Nationalsozialisten).